

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Ladendorf, am Dienstag, dem 09.12.2003, um 19:15 Uhr, im Gemeinderatssitzungssaal Ladendorf.
Die Einladung erfolgte am 02.12.2003 mittels Einzeleinladung.

Anwesend sind: Bürgermeister Othmar Matzinger, welcher auch den Vorsitz führt; Vizebürgermeister Gerhard Czink, die geschäftsführenden Gemeinderäte Helene Feilhammer, Anton Flandorfer, Alfred Prinz, Karl Pohl und Gerhard Hainka, sowie die Gemeinderäte Karl Macher, Alois Huber, Anton Biringer, Franz Mehwald, Josef Engler, Fritz Sturmer, Walter Höss, Franz Wiesinger, Manfred Gail, Friederike Fallnbügl und Herbert Weinwurm.

Entschuldigt: GR. Pernold Rudolf

Tagesordnung:

1. Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles
2. Änderung der Abfallwirtschaftsverordnung.
3. Änderung der Wasserabgabenverordnung.
4. Voranschlag und Haushaltsbeschlussentwurf 2004
5. Personalangelegenheiten
6. Bauhof
7. Führung eines Nachtzuges
8. Abschaffung Notstandshilfe
9. Umfahrung Mistelbach
10. Resolutionen – Grüne Alternative Ladendorf

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister begrüßt die Damen und Herren Gemeinderäte und stellt die Öffentlich- und Beschlussfähigkeit der Sitzung fest.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

- Zu 1: Das abgeänderte Protokoll vom 09.07.2003 wird einstimmig genehmigt und anschließend von den Fraktionsführern unterzeichnet.
- Zu 2: Der Bürgermeister berichtet, dass ab 2004 der Restmüll nicht mehr in Hohenrappersdorf deponiert, sondern in der neuen Müllverbrennungsanlage Dürnrohr verbrannt wird. Dadurch ergibt sich eine massive Erhöhung der Entsorgungskosten.
Um die Müllentsorgung auch in Zukunft kostendeckend führen zu können, stellt der Bürgermeister den Antrag die Müllbeseitigungsgebühren zu erhöhen.
Mit 15 Für- (ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 3 Gegenstimmen (Hainka, Gail und Fallnbügl) wird die, in Beilage A angeschlossene, Abänderung der Abfallwirtschaftsverordnung der MG Ladendorf beschlossen.
- Zu 3: Im letzten Prüfbericht des Amtes d. NÖ. Landesregierung wurde die Gemeinde aufgefordert, die Wassergebühren zu überarbeiten.
Die letzte Erhöhung der Wasserbezugsgebühr (Preis/m³) erfolgte 1985 (!).
Die Bereitstellungsgebühr wurde 1990 und der Einheitssatz für die Wasseranschlussabgabe 1995 erhöht.
Auf Grund einer Berechnung nach einem vom Amt d. Nö. Landesregierung zur Verfügung gestellten Betriebsfinanzierungsplanes ergibt sich eine neue Wasserbezugsgebühr von € 1,10/m².
Eine Erhöhung (Indexanpassung) des Einheitssatzes für die Berechnung der Wasseranschlussabgabe ist, nach Rücksprache mit dem Amt d. NÖ. Landesregierung, Abt. Siedlungswasserbau, noch nicht erforderlich.
Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Wasserbezugsgebühr von € 1,04 auf nunmehr € 1,10 zu erhöhen.
Mit 15 Für- (ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 3 Gegenstimmen (Hainka, Gail und Fallnbügl) wird die, dieser Niederschrift als Beilage B angeschlossene, Abänderung der Wasserabgabenordnung beschlossen.
- Zu 4: Der Bürgermeister berichtet, dass der Voranschlag und Haushaltsbeschlussentwurf für das Haushaltsjahr 2004 in der Zeit von 24.11.2003 bis einschließlich 09.12.2003 zur öffentlichen Einsichtnahme im Gemeindeamt aufgelegt ist.
Erinnerungen wurden keine eingebracht.
Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes betragen € 2,579.800,--, die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes € 888.600,--.
Der Schuldenstand per 31.12.2004 beträgt voraussichtlich € 4,570.637,--.
Nachdem der Voranschlag bereits in der Finanzausschusssitzung und in der Vorstandssitzung erläutert wurde, stellt der Bürgermeister, nach Beantwortung einiger noch aufgetretenen Fragen, den Antrag auf Genehmigung.
Mit 15 Für (ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 3 Gegenstimmen (Hainka, Gail und Fallnbügl) wird der Voranschlagsentwurf, Haushaltsbeschluss und Dienstpostenplan für das Haushaltsjahr 2004 beschlossen.
- Zu 5: Dieser Tagesordnungspunkt wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.
- Zu 6: Für die Errichtung eines Bauhofes wurden die Gemeinderatsfraktionen aufgefordert Vorschläge zu erarbeiten.
Vorschlag SPÖ: Grundstück Pz. Nr. 3913, - oberhalb der Kläranlage – 8.954 m²/€ 7,--.
Vorteil: Sicherheitsfaktor – außerhalb des Ortes, leichte Zufahrtsmöglichkeit, keine Lärmbelästigung.
Im Zuge der Diskussion kommt man zur Ansicht, dass dieser Standort

(weil er eben so weit außerhalb des Ortes liegt) sehr kostenintensiv und von der Logistik unpraktisch ist (Erschließung der Infrastruktur – Wasser, Strom, Zufahrtsstraße, Winterdienst ...).

Vorschlag FPÖ: Die FPÖ-Fraktion spricht sich ebenfalls für einen Standort außerhalb des Ortes aus. Es wurde auch das Grundstück Pz. Nr. 3946, - Untere Bachzeile, nach Erneker, Riedl – 6.466 m²) ins Auge gefasst. Der Liegenschaftseigentümer ist aber nicht zu einem Verkauf bereit.

Vorschlag ÖVP: Die ÖVP-Fraktion ist gegen einen Standort außerhalb des Ortes. Herr Ackerl würde der Gemeinde die Grundstücke Nr. 256 – 258, Derschstraße 41, gegenüber Fa. Contibelt (vormals Ackerl) 2.757 m²/ € 40,-- zum Verkauf anbieten.

Hinter diesen Grundstücken befindet sich noch ein der Gemeinde gehörendes Grundstück (Parzelle Nr. 253) im Ausmaß von 343 m².

Das nebenliegende Grundstück (westlich) ist ebenfalls noch unverbaut und könnte eventuell zu einem späteren Zeitpunkt hinzugekauft werden.

Seitens der ÖVP-Fraktion wird auch die Errichtung des Gemeindeamtes auf diesem Areal in Erwägung gezogen. Da der Platzmangel in den derzeitigen Räumlichkeiten unzumutbare Ausmaße annimmt. Weiters wäre die Zusammenlegung von Gemeindeamt und Bauhof für die Gemeindebürger, und auch aus logistischer Sicht, sehr von Vorteil.

Das jetzige Gemeindeamt könnte dann eventuell von der Gendarmerie in Anspruch genommen werden und die bei der Gendarmerie freiwerdenden Räumlichkeiten könnten als Wohnung(en) adaptiert werden.

Auf Grund dieser neuen Informationen ersucht die SPÖ-Fraktion um eine kurze Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung ihrerseits.

Die Sitzung wird vom Bürgermeister für fünf Minuten unterbrochen.

Nach eingehender Debatte wird mit 15 Für- (ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 3 Gegenstimmen (Hainka, Gail und Fallnbügl) beschlossen :

- Als Standort für die gemeinsame Errichtung eines Gemeindeamtes und eines Bauhofes wird die Liegenschaft Ladendorf, Derschstraße 41, festgelegt.
- Mit Herrn Ackerl Franz wird ein Vorvertrag über den Kauf der Grundstücke Nr. 256 – 258, im Ausmaß von 2.757 m²/ € 40,-- abgeschlossen.
- In diesem Vorvertrag ist ein Rücktrittsrecht zu verankern. (Für den Fall, dass die Ausführung aus technischen oder baurechtlichen Widrigkeiten nicht durchführbar wird).
- 2004 finden die Planungs- und Finanzierungsgespräche statt.

Zu 7: Bezüglich der Einrichtung eines täglichen Nachtzuges auf der Strecke Gerasdorf-Mistelbach berichtet Herr Bürgermeister, dass die Förderungszusagen nun von Bund und Land NÖ. vorliegen.

Der Kostenbeitrag der Gemeinde Ladendorf beträgt € 13.121,08. Nach Abzug der Förderungen verbleibt ein effektiver Beitrag in Höhe von € 2.624,22.

Der Gemeinderat beschließt daher mit 15 Für- (ÖVP-, SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 3 Gegenstimmen (Hainka, Gail und Fallnbügl) den, dieser Niederschrift als Beilage C angeschlossenen, Vertrag über die Einrichtung eines täglichen Nachtzuges auf der Strecke Gerasdorf – Mistelbach.

Zu 8: Seitens der SPÖ-Fraktion wurde ein Antrag zum Beschluss einer Resolution gegen die Abschaffung der Notstandshilfe und deren Ersatz durch die „Sozialhilfe neu“, eingebracht. Einstimmig (Handzeichen) wird die, dieser Niederschrift als Beilage D angeschlossene, Resolution gegen die Abschaffung der bisherigen Notstandshilfe und deren Ersatz durch die „Sozialhilfe neu“, beschlossen.

Zu 9: Seitens der SPÖ-Fraktion wurde ein Antrag zum Beschluss einer Resolution gegen den Autobahnanschluss (A 5) für die „Region Land um Laa“ (Poysdorf) sondern eine Anbindung im Zuge der Umfahrung Mistelbach – „Westvariante“, eingebracht.

Bürgermeister Matzinger berichtet, dass diese Thematik auch am Bürgermeisterstammtisch diskutiert wurde und wird daher mit 17 Für- (ÖVP-, SPÖ- und FPÖ-Fraktion) und einer Gegenstimme (Weinwurm) folgende Resolution beschlossen:

Das Amt d. NÖ. Landesregierung und die Stadtgemeinde Mistelbach werden dringend ersucht, beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, dahingehend einzuwirken, dass für die Anbindung an die Autobahn A 5 unter Einbindung der Interessen der Gemeinden westlich und nordwestlich von Mistelbach zu treffen. Die geplante Umfahrung der Bezirksstadt Mistelbach sollte größtmögliche Verkehrswirksamkeit erzielen und auch die Interessen der Gemeinden um Mistelbach bestmöglich berücksichtigen.

Eine Autobahnanbindung sowohl im Bereich Poysdorf als auch die Ostvariante in Mistelbach ist für die Gemeinden des Zayatales nicht verkehrswirksam und wird daher von uns nicht unterstützt.

Zu 10: Von GR. Herbert Weinwurm wurde ein Antrag zum Beschluss von Resolutionen eingebracht:

a) Resolution: Keine Gentechnik auf unseren Feldern!

(Text liegt dieser Niederschrift als Beilage E bei.)

Mit 5 Für- (SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 13 Gegenstimmen (Matzinger, Czink, Prinz, Feilhammer, Flandorfer, Biringer, Engler, Mehwald, Huber, Macher, Hainka, Gail und Fallnbügl) wird der Antrag abgelehnt.

b) Resolution: Stopp dem Ausverkauf der öffentl. Dienstleistungen und der Privatisierung der Grundversorgung der Bevölkerung (Stopp der GATS-Verhandlungen).

Mit 5 Für- (SPÖ- und Grünen-Fraktion) und 13 Gegenstimmen (Matzinger, Czink, Prinz, Feilhammer, Flandorfer, Biringer, Engler, Mehwald, Huber, Macher, Hainka, Gail und Fallnbügl) wird der Antrag abgelehnt.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt der Bürgermeister für die Mitarbeit und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, wünscht allen Gemeindefunktionären/innen und deren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest, alles Gute - vor allem Gesundheit - im neuen Jahr, und schließt die Sitzung.

Ende: 20:30 Uhr